

Links der Neiße

Juni 2020

Linke Monatszeitung im Landkreis Görlitz

Jhrg.11/Nr.123

75. Jahrestag der Befreiung der Menschen Europas vom Faschismus



mehr auf den Seiten 10 bis 12

Zittauer Linksfraktion bedankt sich bei Lebensmittelhändlern



Die Lebensmittelhändler sind mit ihren Ständen auf dem Zittauer Marktplatz seit dem 6. Mai, wie es DIE LINKE im Stadtrat gefordert hatte, in der „guten Stube der Stadt“ wieder präsent. Michael Schostek, Stadtrat der LINKEN in Zittau, übergab als kleines Dankeschön eine eingetopfte „rote Melde“.

mehr auf Seite 7

Solidarisch durch die Krise
- Gesundheit vor Profite -
Grundrechte verteidigen

**Jetzt zeigt sich, welche
Jobs wirklich wichtig
sind. Wird Zeit, sie
entsprechend zu
bezahlen.**

DIE LINKE.



mehr auf den Seiten 2 bis 5

„Atlantic Resolve“ und „Defender
Europe 2020 plus“ sofort stoppen!



Die US-Army gab bekannt, dass sie vom 05.-09. Juni den anstehenden Austausch ihrer Truppen trotz der Risiken durch die Corona-Pandemie durchführen wird. Der Militäraufmarsch „Defender Europe 2020“ soll in modifizierter Form wieder aufgenommen werden.

mehr auf Seite 13

Rubriken

Termine	S. 14
Buchtipps	S. 15
Geburtstage	S. 16

DANKE

Beschluss des Parteivorstandes vom 25. April

Einberufung der 1. Tagung des 7. Parteitages der Partei DIE LINKE

Der Parteivorstand beruft die 1. Tagung des 7. Parteitages der Partei DIE LINKE für den 30./31.10 und 1.11.2020 nach Erfurt ein. Tagungsort ist die Messe Erfurt, Gothaer Str. 34, 99094 Erfurt. Die Parteitagstagung beginnt am Freitag, dem 30. Oktober, um 14 Uhr, und endet am Sonntag, dem 1. November 2020 um 15 Uhr. Was passiert?



Reden der beiden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE sowie Berichte an den Parteitag.

Weiter folgen wird die Generaldebatte mit anschließender Beschlussfassung zum Leitantrag des Parteivorstandes und die Wahl eines neuen Parteivorstandes.

Antragsschluss für die 1. Tagung des 7. Parteitages ist der 17. September 2020. Antragsschluss für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen ist der 13. Oktober 2020.

Die Anträge sind an die Antragskommission des Parteitages zu richten. Die Einreichung der Anträge und Änderungsanträge sollte über das Internetformular erfolgen (www.die-linke.de/antraege).

Ist das nicht möglich, sind Anträge zu richten an: DIE LINKE – Bundesgeschäftsstelle Antragskommission des Parteitages Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin

antragskommission@die-linke.de
Die Wahlen auf dem Parteitag erfolgen auf der Grundlage der Bundesatzung und der Wahlordnung der Partei DIE LINKE. Mitglieder, die ihre Kandidatur für auf dem Parteitag zu wählende Funktionen oder Gremien vorab öffentlich machen wollen, können bis zum 17. September 2020 einen Text und ein Foto einreichen an: DIE LINKE – Bundesgeschäftsstelle Kleine Alexanderstraße 28

Parteivorstand

Solidarisch durch die Krise – Gesundheit vor Profite – Grundrechte verteidigen

Corona und die Maßnahmen mit denen die Ausbreitung des Virus behindert werden soll, treffen viele Menschen hart: Reicht das Kurzarbeitergeld für die Miete? Arbeiten von zuhause und nebenbei die Kinder betreuen? Mit ihnen Schulaufgaben machen oder die Pflege von Angehörigen organisieren - oder trotz Ansteckungsgefahr zur Arbeit fahren? Die Krise trifft nicht alle gleich: Wer weniger verdient, hat öfter Angst um den Arbeitsplatz. Wer Grundsicherung bekommt, hat Sorge, ob es fürs Lebensnotwendige reicht. Für Alleinerziehende ist Arbeit und Schule zuhause doppelt schwer. Viele Menschen wünschen sich, dass die Isolation zu Ende geht. Dass die Kinder gut lernen. Dass Zusammensein und Nähe unbeschwert sind. Dass der Staat nicht so in den Alltag eingreift. Solidarität leben und Abstand halten in Zeiten der Pandemie – das ist schwer. Aber es geht. Die Unternehmen machen Druck, dass Abstandsregeln und Schließungen gelockert werden. Rechte Gruppen und Parteien schüren Stimmungen, verbreiten Verschwörungsmärchen und suchen Sündenböcke. Auch sie wollen schnelle Lockerungen. Sie wollen lieber Leben riskieren als Gewinne.

DIE LINKE fordert:

- Unsere Gesundheit geht vor die Profite der Unternehmen!
- Sichert die Beschäftigten in Pflege, Bildung und Versorgungsberufen.
- Sorgt für die Sicherheit in Kitas und Schulen – und hilft den Eltern, nicht vor allem den Konzernen.

Das muss der erste Schritt sein. Wenn das nicht geht, gibt es auch keine »Normalität« und keine Rückkehr an den Arbeitsplatz!

- Gesundheit solidarisch Das Gesundheitssystem in Deutschland ist seit Jahren auf Profit und Effizienz getrimmt worden. Das Ergebnis: Es gibt keine Reserven, nicht genug Atemschutzmasken, Beatmungsgeräte, Desinfektionsmittel, Betten und Pflegekräfte. Das Gesundheitssystem muss auf sichere Füße gestellt werden: Kein Profit mit der Gesundheit. Schluss mit der 2-Klassen-Medizin. Eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle entsprechend ihren



Einkommen einzahlen und mit der alle gut versorgt werden.

- Freiheitsrechte verteidigen Unternehmen und Parteien, die ihnen verbunden sind, nutzen die Krise, um durchzusetzen, was ihnen bisher nicht gelungen ist: arbeitsrechtliche Standards und Höchstarbeitszeit aushebeln. Umweltstandards unterlaufen. Milliarden Hilfsmittel beantragen, gleichzeitig Milliarden an Dividenden an Aktionäre ausschütten. Es gibt guten Grund für Protest – und der geht auch ohne erhöhtes Ansteckungsrisiko. Einschränkungen von Grundrechten müssen an medizinischen Notwendigkeiten ausgerichtet sein. Die LINKE verteidigt demokratische Grundrechte, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit. Wir zahlen nicht für diese Krise. Die Krisenhilfen kosten viel Geld. Ihre Finanzierung muss gerecht verteilt werden. Es gibt in Deutschland über 1,3 Millionen Millionäre und 126 Milliardäre. Als Einstieg in eine gerechte Lastenverteilung brauchen wir eine einmalige Vermögensabgabe für Superreiche.

Was jetzt zu tun ist

1. Sich nicht für dumm verkaufen lassen. Nicht

von Unternehmen, nicht von Rechten. Die Corona-Pandemie ist kein Machwerk dunkler, unbekannter Gestalten.

2. Bei Lockerungen der Maßnahmen gilt: Gesundheit und Sicherheit gehen vor. In Schulen und Kitas, in Krankenhäusern, Pfl-

geheimen und am Arbeitsplatz, auf dem Spargelfeld, in der Fleischerei, am Band oder im Büro.

3. Was für alle lebenswichtig ist, muss auch allen gehören. Wir brauchen den Einstieg in ein öffentliches Gesundheitssystem, in dem keine Profite gemacht werden müssen.

4. Keine Staatshilfen für Unternehmen, die Steuer hinterziehen oder mit Steueroasen zusammenarbeiten. Keine Ausschüttung von Dividenden an Aktionäre.

5. Nicht unterkriegen lassen.

Ich weiß nicht, ob schon jemand auf die Idee gekommen ist, aber können wir nicht einfach statt 10 Milliarden € Staatshilfe, am Freitag um 18.00 Uhr auf den Balkon gehen und für Lufthansa klatschen?

Das hat doch für die Pfleger/innen und Ärzte auch so gut geklappt....

Online-Konferenz des Karl-Liebknechtkreises mit MdB André Hahn

Corona-Krise darf sich nicht zur Krise der Demokratie entwickeln

Ein Beitrag von Jens Hentschel Thöricht

Dies war das Thema, zu welchem der Liebknechtkreis Sachsen am 19. Mai erstmalig den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Deutschen Bundestag Dr. André Hahn eingeladen hatte. Aufgrund der derzeitigen Einschränkungen durch die Corona-Schutzmaßnahmen fand der Austausch in Form einer Online-Konferenz im Internet statt. Mehr als 20 Menschen, aus Leipzig, Dresden sowie den Landkreisen Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Görlitz nahmen daran teil.

Zu Beginn informierte der versierte Innenpolitiker André Hahn über die Positionen der LINKEN im Deutschen Bundestag. Die erheblichen Freiheitsbeschränkungen, die aufgrund der Corona-Pandemie verhängt wurden, waren und sind für die Gesellschaft einschneidend. Auch dem Druck der LINKEN ist es zu verdanken, dass die Maßnahmen zeitlich befristet sind. Es ist also kein „Aufhebungsbeschluss“ notwendig, um diese aufzuheben. Sie enden automatisch.

Eine Aufgabe der LINKEN ist weiterhin, die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zu überprüfen und darauf zu drängen, dass alle Grund- und Freiheitsrechte vollumfänglich wieder hergestellt werden. Unter anderem



MdB, Dr. André Hahn, bei der Videokonferenz.

muss die Bundesregierung die Fragen „Wie kann in diesen Zeiten die parlamentarische Kontrolle der Regierung sichergestellt werden?“ und „Sind die verhängten Einschränkungen verfassungsgemäß?“ beantworten.

Hahn machte deutlich, dass es Aufgabe der LINKEN ist, zu verhindern, dass die Kosten der Pandemie auf die Schwächsten der Gesellschaft abgewälzt werden. Dazu gehört ein grundsätzlicher Kurswechsel im Gesundheitswesen. Gesundheit ist keine Ware! Krankenhäuser dienen nicht der Gewinnmaximierung sondern der Daseinsvorsorge!

Nach dem Input stellte sich André Hahn den Fragen der Zuschauerinnen und Zuschauer. „Wie können Eltern

besser unterstützt werden? Auch wenn Kitas, Schulen und Horte wieder geöffnet haben, kann die volle Arbeitszeit oft nicht geschafft werden. Die Arbeitgeber haben vielfach auch kaum noch „Geduld“. Firmen werden unterstützt, aber Eltern haben nirgends eine Lobby!“

Es hat sich gezeigt, dass durch Bund und Länder auch hier deutlich nach-

justiert werden muss. Schlechte Internetverbindungen – gerade in den ländlichen Räumen – sorgten teilweise dafür, dass die Kinder ihre Schulaufgaben in den letzten Wochen nicht bekommen haben. Einige Familien haben keine technischen Geräte, um überhaupt diese im Internet abfragen zu können. Hier wird DIE LINKE Druck machen, denn soziale Verantwortung beginnt zuerst bei den Kindern und Familien.

Wie im Fluge war die eine Stunde Gedankenaustausch vergangen, eine Fortsetzung wäre wünschenswert (mehr zu den Positionen von André Hahn auf seiner Homepage www.andre-hahn.eu).

Friseur*innen, Kosmetiker*innen und Verkäufer*innen mit besonders niedrigen Löhnen

Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte in Berufen der Körperpflege, zu denen das Friseurgewerbe und der Kosmetikbereich zählen, haben mit 1.637 Euro brutto (Stand Ende 2018) das niedrigste mittlere Bruttomonatsentgelt aller Berufe gehabt.

An zweitletzter Stelle standen Berufe in der Floristik mit 1.754 Euro brutto, gefolgt von der Pferdewirtschaft mit 1.840 Euro. An viertletzter Stelle standen Berufe im Verkauf von Lebensmitteln. Hier lag das durchschnittliche Endgelt (Medianentgelt) Ende 2018 bei 1.872 Euro und der Niedriglohnanteil betrug 71,6 Prozent. Insgesamt lag das Medianentgelt in Deutschland Ende 2018 bei 3.304 Euro brutto im Monat. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der



Sabine Zimmermann.

Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann hervor:

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion erklärt dazu:

„Viel zu viele Beschäftigte werden mit niedrigsten Löhnen abgespeist. Die Bundesregierung ist in der Pflicht die Rahmenbedingungen für gute Arbeit zu schaffen und gegen Verwerfungen am Arbeitsmarkt vorzugehen. Unter anderem muss der allgemeine Mindestlohn auf 12 Euro erhöht und die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtert werden. ...

Viele Beschäftigte in den so genannten systemrelevanten Berufen stehen momentan derzeit besonders im Fokus und halten in der Krise den Laden am Laufen. Dass ausgerechnet viele von ihnen, wie zum Beispiel die Verkäuferinnen und Verkäufer im Lebensmittelbereich, eher schlecht bezahlt werden, ist beschämend. Für die Zeit der Krise fordert DIE LINKE einen Zuschlag für die systemrelevanten Berufe. Aber auch nach der Krise darf deren Bedeutung und Engagement nicht vergessen werden. Zu sozialer Gerechtigkeit gehören faire Löhne. Niedrigen Löhnen folgen immer niedrige Renten und Altersarmut ist vorprogrammiert. Arbeit, die arm macht, muss endlich der Vergangenheit angehören.

Unvorsichtig oder vorbildlich? – was plant Thüringen

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat die Ankündigung Thüringens kritisiert, die Corona-Einschränkungen komplett abzuschaffen. Es dürfe in keinem Fall der Eindruck entstehen, die Pandemie wäre schon vorbei. Auch aus Bayern kommt scharfe Kritik an dem Vorstoß aus Thüringen. Bayern sei vom Infektionsgeschehen in der Nachbarschaft betroffen.

Lage in Thüringen sehr unterschiedlich: Es gibt mehrere Landkreise, die in den vergangenen sieben Tagen keine neuen Corona-Fälle verzeichneten. Dort liegen aber auch zwei der aktuellen „Corona-Hotspots“ in Deutschland, wie etwa der Kreis Sonneberg. Auch in der eigenen Partei gehen die Meinungen zu Ramelows Lockerungsplänen auseinander: Während Linken-Fraktionschef Bartsch dessen Vorgehen verteidigt, äußert sich Parteichef Riexinger zurückhaltender.

Der Vorsitzende der Linken-Bundestagsfraktion, Dietmar Bartsch, das Vorgehen des dortigen Ministerpräsidenten und Parteikollegen Bodo Ramelow verteidigt. Die „fundamentalen Einschränkungen von Grundrechten“ müssten immer wieder überprüft und angepasst werden. Er betonte, dass über Änderungen regional entschieden werden sollte. „Es wird selbstverständlich nicht nur Gebote von der Landesebene, sondern auch klare Anweisungen in den einzelnen Kreisen geben, und das finde ich richtig so.“ Bartsch kritisierte auch das Vorgehen der Ministerpräsidenten mehrerer Länder. Der „Lockerungswettbewerb“ sei eingetreten, als einzelne Länderchefs nicht mehr mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über solche Regeln gesprochen hätten. „Und das waren andere als Bodo Ramelow.“ Zurückhaltender äußerte sich Linken-Chef Bernd Riexinger. „Ich hoffe natürlich, dass er sich das alles gut überlegt hat und weiß, was er tut“. Grundsätzlich sieht Riexinger die Verlagerung der Verantwortung auf die regionale Ebene skeptisch. „Es besteht natürlich immer die Gefahr, wenn man so etwas auf die regionale Ebene herunterbricht, dass sich die Leute nicht einfach dran halten, in ihrem Dorf oder in ihrer Gemeinde oder in ihrem Kreis zu bleiben. Pandemien sind grundsätzlich natürlich nicht auf regionaler Ebene alleine zu bekämpfen.“ Von daher hoffe er, dass Ramelow schnell reagiere, wenn etwas schiefgehen sollte. Riexinger erklärte, er vermisse ein einheitliches Vorgehen aller Bundesländer. Es sei ein Fehler gewesen, dass Bundesebene und Länder den Weg von verbindlichen Absprachen über möglichst einheitliche Regelungen verlassen hätten.

Amira Mohamed Ali, Fraktionschefin der Linken im Bundestag über Hilfen, Kurzarbeitergeld und Folgen der Privatisierungen in der Corona Krise

Corona - eine Erfolgsgeschichte für Aktionäre?

„Wahnsinn!“, schreibt die Fraktionsvorsitzende bei Facebook. Amira Mohamed Ali weiter: „CDU/CSU will die Schwächsten für die Krise bluten lassen. Erst die Grundrente aussetzen wollen, jetzt den Mindestlohn absenken.“

Es geht nicht, dass Arbeitnehmer und Rentner für die Kosten der Krise aufkommen müssen.

Wir reden in der Grundrente über rund 1,3 Milliarden Euro pro Jahr. Zum Vergleich: Für Aufrüstung scheint Geld da zu sein. Bis zu 18,5 Milliarden Euro will die Bundesregierung für neue Kampfjets ausgeben. Von diesem Geld ließe sich die Grundrente problemlos über zehn Jahre finanzieren.

Es müssen die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Deshalb: Grundrente nicht aufschieben!“

Um die Kosten der Corona Krise zu bewältigen sollen zum Beispiel konkret monatlich 200 Euro aufgestockt werden für Menschen mit kleinen Renten und für die, die Hartz IV beziehen, sowie einen Pandemiezuschlag



Amira Mohamed Ali. Foto: BTF

von 500 Euro pro Monat für die Beschäftigten in den systemrelevanten Berufen erfolgen.

Die Fraktionschefin fordert von der Bundesregierung: „Die jetzige Regelung des Kurzarbeitergeldes ist nicht ausreichend, denn die Erhöhung erfolgt nicht jetzt, sondern erst in einigen Monaten. Dabei ist diese Hilfe jetzt dringend nötig! Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer reicht es

nicht aus, erst Ende des Jahres 80 Prozent Kurzarbeitergeld zu erhalten. Die Bundesregierung darf die Unterstützung für Beschäftigte nicht auf die lange Bank schieben. Es braucht 90 Prozent Kurzarbeitergeld und 100 Prozent Kurzarbeitergeld im Mindestlohnbereich – ab sofort!

Die kompletten Forderungen der Linken sind auf der Internetseite der Linksfraktion einzusehen.

Die derzeitigen zu mobilisierenden staatlichen Mittel für die Bewältigung der Corona - Krise müssen finanziert werden. DIE LINKE fordert schon lange eine Vermögensabgabe und speziell jetzt in der Krise eine Sonderabgabe für Millionäre und Milliardäre. In Artikel 106 des Grundgesetzes wird explizit auf eine Vermögensabgabe Bezug genommen, (es hat eine solche Abgabe nach dem Zweiten Weltkrieg in Form des sogenannten Lastenausgleichs auch schon einmal gegeben). Es ist durchaus berechtigt, von denjenigen, die starke Schultern haben, eine einmalige Vermögensabgabe zu erheben, ohne die eine solche Belastung

gar nicht sinnvoll zu bewältigen ist. Denn wenn die Kosten nur wieder alleine den normalen Arbeitnehmern aufgebürdet werden, wird aus der Krise eine wirtschaftliche und politische Dauerkrise werden.

Der Staat leistet vielen Unternehmen gerade großzügig Unterstützungen, dafür muss der Staat auch an den Gewinnen beteiligt sein, wenn eine Krise überstanden ist, damit hier ein fairer Ausgleich stattfindet.

Die Schulden auf die Allgemeinheit abzuwälzen und die Gewinne zu privatisieren, das darf es nicht geben.

Zudem muss der Staat als möglicher Anteilseigner auf Unternehmensentscheidungen Einfluss nehmen: keine Boni für Manager, keine Arbeitsplatzverluste, auch Dividendenausschüttungen mit Staatsgeld darf es nicht geben. Das muss die Voraussetzung für Staatshilfen sein.“

Quelle : <https://www.businessinsider.de/politik/deutschland>

LINKE Sächsische Landespolitik

Ein Grundeinkommen ist ein Zukunftsthema - doch Sachsens Regierung will nicht einmal darüber sprechen

Die Lausitzer LINKEN-Abgeordnete Antonia Mertsching wundert sich über die Antworten der Staatsregierung auf ihre Anfrage „Voraussetzungen für die Zahlung eines Grundeinkommens“:

„Obwohl der Staatsregierung Modellprojekte zum Grundeinkommen bekannt sind und obwohl wir durch die Corona-Pandemie vor einer riesigen gesellschaftlichen Herausforderung stehen, ignoriert die Staatsregierung das Thema ‚Grundeinkommen‘. Weder einen Diskussionsprozess noch eine Bundesratsinitiative will sie dazu starten.“

Ich meine: Ein Grundeinkommen



könnte ein Sicherheitsanker in einer sich stark verändernden Gesellschaft sein. Nicht nur angesichts der Pandemie, sondern auch der zunehmenden Veränderungen in der Arbeitswelt oder der sozialen Folgen der Klimaerhitzung kann ein Grundeinkommen zur Entlastung wirtschaftlich schlechter gestellter Menschen beitragen und eine neue Kreativität fördern. Die psychologischen Effekte der Stress- und Angstreduzierung liegen auf der Hand und sind auch schon wissenschaftlich erforscht.

Im Wahlprogramm zur Landtagswahl hatten wir ein Modellprojekt Grundeinkommen im Rahmen des Strukturwandels in der Lausitz vorgeschlagen. Dazu werde ich mit Akteurinnen und Akteuren vor Ort das Gespräch suchen und ein Konzept erarbeiten.“

In Corona-Zeiten müssen wir protestieren – gegen unfaire Lastenverteilung!

Zu den Protesten in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erklären die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE. Sachsen, Susanne Schaper und Stefan Hartmann, sowie der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Rico Gebhardt:

„Es gibt allen Grund, zu protestieren! Es darf nicht sein, dass Großunternehmen Steuergeld einstreichen und ihre Aktionärinnen und Aktionäre gleichzeitig mit Dividenden beglücken. Es darf nicht sein, dass diejenigen weiter mit kargen Einkommen abgespeist werden, die in den Krankenhäusern, Pflegeheimen und anderswo hart gegen das Virus kämpfen. Es darf nicht sein, dass wie üblich diejenigen die enormen Folgekosten der Krise zahlen, die nichts oder nur wenig haben, während sich die Vermögenden raushalten.“

Es gibt viel zu tun

Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen, Alleinerziehende, arme Rentnerinnen und Rentner, Solo-selbstständige, Menschen im Sozialleistungsbezug: Viele leiden täglich unter den Folgen der Krise. Bei ihnen und nicht nur bei Unternehmen muss Hilfe ankommen. Wir unterstützen alle, die für sozialen Ausgleich und eine gute öffentliche Infrastruktur streiten. Dazu gehört es, das Gesundheitswesen von marktwirtschaftlichen Zwängen zu erlösen, damit alle gut versorgt werden können. Das alles ist sehr wichtig und es gibt viel zu tun!

Als linke Opposition erkennbar bleiben

Deshalb wäre es falsch, denjenigen zu viel Aufmerksamkeit zu schenken, die



Quelle: dielinke-sachsen.de

aus der Krise politisches Kapital schlagen wollen. Derzeit nehmen auch bei uns Bürgerinnen und Bürger ihre Grundrechte wahr und versammeln sich, um die Meinung zu äußern, sie dürften sich nicht versammeln und ihre Meinung äußern. Selbsternannte „Experten“, die in sozialen Netzwerken und auf Demo-Bühnen hanebüchene Gedankengebäude voller Hetze, Falschbehauptungen und Menschenverachtung errichten, haben wieder Zulauf.

Auch wir fühlen uns als linke Opposition bei vielen aktuellen demokratischen Prozess ausgeschlossen. Wir wehren uns dagegen mit den uns zur Verfügung stehenden parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln. Wir machen aber nicht den Fehler, uns insbesondere mit Personen oder Personengruppen, die Fake News verbreiten, antisemitische Positionen vertreten, Rassismus, Sexismus und klare Position der extremen Rechte einnehmen, auf eine Stufe zu stellen, geschweige mit ihnen zu demonstrieren. Wir bitten darum, auch weiter besonnen zu handeln. Halten wir zusammen – gegen das Virus, aber auch gegen jene, die Gefahren verharmlosen und auf Hygieneregeln pfeifen. Solidarität ist gefragt, heute nicht weniger als vor zwei Monaten. Wenn wir wollen,

dass weitere Lockerungen möglich werden und eine zweite, womöglich größere Infektionswelle ausbleibt, dürfen wir Falschinformationen nicht auf den Leim gehen.

Es ist legitim, sich mit allen Aspekten der Krise auseinanderzusetzen und Kritik zu äußern. Es ist legitim, Informationen kritisch zu hinterfragen. Aber auch hier ist Besonnenheit gefragt. Eine kritische Sicht beginnt nicht erst bei der Tagesschau, sondern in der eigenen WhatsApp-Nachrichtenliste. Und nicht jedes YouTube-Video ist ein Fachbeitrag in einem Wissenschaftsjournal.

Behauptungen werden nicht allein dadurch wahr, dass jemand sie äußert.

Wir wissen über das Virus einiges, vieles aber noch nicht. Es ist normal, dass die Wissenschaft darüber diskutiert und es auch dort zuweilen unterschiedliche Auffassungen gibt. Aber der Blick in die Krankenhäuser und die Mehrheitsmeinung der Fachleute sagen uns, dass Corona für Menschen aller Altersgruppen und auch für Patientinnen und Patienten ohne Vorerkrankungen (lebens)gefährlich sein kann – obwohl es glücklicherweise viele leichte Verläufe gibt. Hinsichtlich nicht-tödlicher, aber

möglicherweise dauerhafter Folgen einer Erkrankung und möglicher Schädigung anderer Organe wissen wir zudem bisher zu wenig.

Glücklicherweise ist die Pandemie in Sachsen bisher glimpflicher verlaufen als in anderen Ländern. Das ist kein Grund, die schmerzlichen Einschränkungen der letzten Wochen für unnötig zu erklären, denn ohne sie sähe es viel schlimmer aus. Wenn wir nun zu forsich lockern, riskieren wir, dass die Infektionszahlen wieder schneller steigen und unser Gesundheitssystem überlastet wird.

Wer soll die Lasten tragen?

Solange es keinen Impfstoff gibt, werden sich immer wieder Menschen anstecken und werden Menschen sterben, weil sie sich mit dem Coronavirus infiziert haben. Die Frage ist, ob unsere Krankenhäuser weiter in der Lage sind, alle gut zu behandeln, bei denen die Erkrankung schwer verläuft. Können sie das nicht mehr, bedeutet das hohe Sterberaten und viele neue Opfer. Keine Familie und kein Freundeskreis wäre davor gefeit. Zunächst ging es darum, dass die Kurve abgeflacht wird. Jetzt geht es darum, dass sie flach bleibt. Neben einer Debatte über Lockerungen muss endlich auch eine über die Lasten geführt werden. Wir setzen uns für einen Lastenausgleich ein, mit dem insbesondere die großen Vermögen zur Bewältigung der Krisenfolgen herangezogen werden sollen. Dieser Lastenausgleich soll einen Beitrag dazu leisten, die notwendige und zügige Finanzierung der staatlichen Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu finanzieren. Die Lösung der gegenwärtigen Krise und ihrer Folgen braucht Abstand. Abstand im Sinne des Infektionsschutzes, Abstand von kruden Verschwörungsmysen und nicht zuletzt Abstand vom Gedanken eines kapitalistischen „Weiter so“.

Spende der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Görlitz für Schüleraustauschprojekt mit Russland übergeben

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Görlitz entschieden, dass die „Solidaritätsjugend Deutschland“ 150 Euro aus dem Spendentopf der Fraktion erhält. Den Spendenscheck übergab die Nieskyer Kreisrätin Sabine Kunzel an Frau Adomat am 4. Mai 2020.



Spendenübergabe.

Foto: privat

Heike Adomat, ehemalige Russisch Lehrerin begleitet seit vielen Jahren den deutsch-russischen Jugendaustausch mit Schülern aus dem Landkreis Görlitz. „Ich bin im Namen der Jugendlichen dankbar über diese finanzielle Unterstützung, denn gerade in der heutigen Zeit kommt es auf die Jugend an. Die junge Generation Deutschlands und Russlands spielt eine grundlegende Rolle bei der Gestaltung von Gegenwart und Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen. Das andere Land, die Kultur, die Tradition, vor allem aber die Menschen kennenzulernen, ist unendlich wertvoll. Wer miteinander spricht, schießt nicht aufeinander! In Zeiten von Manövern wie DEFENDER 2020, von Kriegsspielen und beschriebener vermeintlicher Bedrohung kann nicht laut genug deutlich gemacht werden, dass dieses Spiel mit dem Feuer brandgefährlich ist. Die Jugendlichen beider Länder müssen nach wie vor die Chance haben, sich ein eigenes Bild machen zu können. Gerade im 75. Jahr nach Beendigung des 2. Weltkrieges sollte es doch gelingen, abrechenbare Beschlüsse auf den Weg zu bringen“, so Adomat. Sabine Kunze, Kreisrätin der LINKEN ergänzt: „Wir unterstützen gern diese wertvolle Arbeit. Miteinander reden und verstehen lernen ist allemal wichtiger, als gegen-einander aufzurüsten.“ Jens Hentschel-Thöricht

Kinder im Landkreis Görlitz benötigen weitere Hilfe

Ausgaben für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket steigen erneut

Dies ist das Ergebnis einer Anfrage des linken Sozialpolitikers im Kreistag Görlitz, Jens Hentschel-Thöricht, an Landrat Lange (CDU).

Im Jahr 2011 wurden 18.560, im vergangenen Jahr 19.295 Anträge auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) gestellt. In diesem Zeitraum stiegen die Ausgaben für Hilfsleistungen aus dem BuT um 25 Prozent beziehungsweise um 392.150 Euro auf 1.961.664 Euro. Gegenüber dem Jahr 2018 betragen die Mehrausgaben im Jahr 2019 282.075 Euro.

Laut Antwort des Landrates wurden im Jahr 2019 insgesamt 8.471 Anträge gestellt, weil Kinder beim Schulbedarf auf staatliche Unterstützung angewiesen waren

Damit Kinder an der „gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung“ teilnehmen konnten, wurden 5.739 Anträge auf Unterstützungsleistungen gestellt. Um mehr als 28 Prozent stieg die Anzahl der Anträge auf Lernförderung im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt wurden 243 Anträge gestellt. Dies ist unter anderem darauf zurück-



Archivbild von 2017.

zuführen, dass seit dem 1. August 2019 auch Schüler Nachhilfeunterricht erhalten können, die nicht als versetzungsgefährdet gelten.

Der Wegfall der Eigenbeteiligung der Eltern bei der Schülerbeförderung kann ebenfalls als Grund für den Anstieg der Anträge auf 1.235 angesehen werden. Gegenüber 2018 betrug die Steigerung mehr als 16 Prozent. *Jens Hentschel-Thöricht (DIE LINKE) zu den vorgelegten Zahlen:* „Das Bildungs- und Teilhabepaket hat als Familienleistung seit der Nachbesserung im Jahr 2019 weniger

Ecken und Kanten. Dennoch kommt es immer wieder dazu, dass bedürftige Kinder nicht vom BuT profitieren.

Gründe sind hohe Antragshürden, fehlende Informationen, Sprach- und Verständnisbarrieren, Unsicherheiten und Scham unter an-

derem wegen der Notwendigkeit um Leistungen zu bitten, die selbstverständlich sein sollten

Daher unterstütze ich die Forderung, das nicht praktikable BuT abzuschaffen und durch eine eigenständige Kindergrundsicherung zu ersetzen. Diese bietet jedem Kind eine grundlegende finanzielle Absicherung – ohne „wenn und aber“ und ohne komplizierte Antragsverfahren. Nur so kann jeder Cent und jeder Euro tatsächlich bei den Kindern landen und eine Investition in Chancengleichheit und in die Zukunft sein.“ (red.)

Landkreis Görlitz

Öffentlicher Personennahverkehr - bedeuten Änderungen tatsächlich auch Verbesserungen?

Im Februar 2019 hat sich das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) gemeinsam mit den ÖPNV-Zweckverbänden sowie dem Landkreis- und dem Städte- und Gemeindetag auf ein deutlich besseres Angebot im sächsischen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verständigt. Als Folge hat der Landkreis als Aufgabenträger für den öffentlichen ÖPNV vorerst das ÖPNV-Angebot in der Region Löbau-Zittau überplant.

Dies sorgt für massive Verärgerung, vor allem im Zittauer Gebirge. Die Linie 6 beispielsweise würde nach der geplanten Änderung statt bisher 19-mal nur noch neunmal wochentäglich von Zittau nach Oybin fahren, die Linie 7 von Zittau nach Lückendorf will der Kreis gleich komplett streichen. Dr. Rainer Harbarth erklärt dazu: „Für die Fraktion DIE LINKE ist der ÖPNV aus Bus und Straßenbahn zu-



Dr. Rainer Harbarth.

sammen mit dem Fuß- und Radverkehr der Schlüssel für eine sozial-ökologische Verkehrswende. Uns geht es darum, Mobilität für alle zu ermöglichen und dabei so wenig

wie möglich Schäden zu verursachen: weniger Abgase, Lärm und Platzverbrauch durch parkende und fahrende Autos, Klimaschutz und mehr Sicherheit. Mit einer wirklichen Verkehrswende würde die Lebensqualität für alle deutlich steigen.“ Um die geplanten Änderungen bewerten und wenn nötig im Kreistag Planungsänderungen zu fordern, wird der Sachgebietsleiter Straßenverkehr des Landkreises, Herr Weichenhain, am 8. Juni mit der linken Kreistagsfraktion ins Gespräch kommen. (red.)

Zittau

LINKE beantragt quartalsweise Berichterstattung zur Liquidität der Stadt

Wenn der Antrag der Linksfraktion im Zittauer Stadtrat am kommenden Donnerstag angenommen wird, dann wird der Zittauer Oberbürgermeister die Ratsmitglieder quartalsweise über die Entwicklung der Liquidität der Stadt Zittau informieren. Auch haben DIE LINKEN beantragt, dass in dem Bericht auf besondere Entwicklungen, welche finanzielle Auswirkungen haben können, im Eigenbetrieb wie auch in den Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, hingewiesen wird. Jens Hentschel-Thöricht, Vorsitzender der Linksfraktion im Stadtrat Zittau: „Angesichts der kritischen Haushaltslage, der notwendigen Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sowie dessen Einhaltung ist eine solche Berichterstattung notwendig.“

(red.)

Zittau:

Dank an Lebensmittelhändler

Ein Beitrag von Jens Hentschel-Thöricht

Einsicht zeigt der Zittauer Oberbürgermeister nach öffentlichem Druck, endlich alle Lebensmittelhändler mit ihren Ständen auf dem Zittauer Marktplatz anzuordnen. Seit dem 6. Mai sind diese, wie es DIE LINKE im Stadtrat gefordert hatte, in der „guten Stube der Stadt“ wieder präsent.

Michael Schostek, Biogärtner und selbst Stadtrat der LINKEN erklärt dazu: „Es zeigt sich, dass öffentlicher Druck wirkungsvoll ist. Die massiven Forderungen mündiger Zittauer Bürger haben den Oberbürgermeister zum Einlenken bewegt. Der Widerstand gegen unverhältnismäßige Einschränkungen der Freiheits- und der Bürgerrechte wurde zum Wohle der Menschen und der Stadt von Erfolg gekrönt. Dafür haben sich DIE LINKE

im Stadtrat und ich mich gern eingesetzt.“

Zittauer Linksfraktion bedankt sich bei Lebensmittelhändlern

Am 13. Mai bedankten sich Michael Schostek und Jens Hentschel-Thöricht für DIE LINKE im Stadtrat Zittau bei den Lebensmittelhändlern, die in den vergangenen Wochen mit ihren Ständen den Zittauer Bürgern die Treue gehalten haben. Als kleines Dankeschön wurde eine eingetopfte „rote Melde“ übergeben. Dabei handelt es sich um ein einjähriges Spinat- und Salatkraut, das bis 2 m hoch werden kann.

Michael Schostek: „Die Zerstückelung des Zittauer Wochenmarktes in den



vergangenen Wochen war für die Bürger der Stadt sowie für die Lebensmittelhändler herausfordernd und wurde entsprechend kritisiert. Mit dem Dank an die Lebensmittelhändler ist

auch die Hoffnung verbunden, dass die Zittauer Bürgerschaft nun wieder gern auf den Marktplatz zum Einkaufen kommt und somit die regionale Wirtschaft unterstützt.“

Fehlende Transparenz zur Haushalts-situation - Linksfraktion fragt nach

Im Rahmen der Stadtratsitzung vom 30. April hatte die Linksfraktion beim OB Octavian Ursu nachgefragt, mit welchem finanziellen Defizit die Stadt Görlitz aufgrund der Covid 19 - Pandemie rechnet. Dazu konnte der Oberbürgermeister keine Auskunft geben. Vergleichbare Städte verhängten bereits zum selben Zeitpunkt Haushaltsparren. Der Sächsische Städte- und Gemeindetag (SSG) rechnet mit rund 1 Milliarde Euro finanzieller Ausfälle für die Kommunen. Nur in Görlitz vermittelt der Oberbürgermeister und sein Bürgermeister den Eindruck alles wäre in Butter. Dies kann nur damit erklärt werden, dass beide Entscheidungsträger noch schnell Beschlüsse durchbekommen wollen. Damit riskieren sie, dass andere wichtigere Projekte perspektivisch in Finanznot geraten. Geld kann nun mal nur einmal ausgegeben werden. Ihre Ankündigung zur Finanzsituation im Stadtrat zu informieren, dann aber in den vorgelagerten Gremien zu schweigen, lässt die Vermutung wachsen, hier sollen Räte in Sicherheit gewogen werden. Wir fordern, wie bereits als Antrag eingereicht, weiterhin eine Bürger*innenbeteiligung bei der Bewältigung der Haushaltsnotlage und ein Konzept für die Hilfe gegenüber Vereinen und Initiativen. Einzelversprechen, wie jetzt gegenüber der Parkeisenbahn, sind für den einzelnen Verein sicher wichtig,

für die gesamte Stadt aber unrealistisch und nicht berechenbar.

„Prinzipiell finden wir es sehr gut, dass Herr Ursu vor hat, Görlitzer Vereine und Projekte, denen aufgrund der Covid 19 - Pandemie dringend notwendige Einnahmen verloren haben, Unterstützung zu kommen lassen will. Beunruhigend finden wir jedoch, dass wir das als Stadtrat nicht direkt vom Oberbürgermeister, sondern aus seinem Facebookpost erfahren mussten. Gerade, weil aus unserer Sicht die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt unklar ist, finden wir es merkwürdig, dass der Oberbürgermeister jetzt schon Versprechen macht, die er eventuell gar nicht erfüllen kann. Deshalb – und um auch mehr Transparenz für die Görlitzer Vereins- und Projektlandschaft und die engagierten Görlitzerinnen und Görlitzer zu schaffen, habe ich heute beim Bürgermeister ganz konkret zu diesen Unterstützungsmaßnahmen für Görlitzer Vereine nachgefragt – schließlich liegt uns der Erhalt der vielfältigen sozio-kulturellen Landschaft am Herzen und wenn Unterstützungsmöglichkeiten geplant werden, sollten sie auch alle aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes darüber informiert werden.“ So Mirko Schultze, Görlitzer Stadtrat und Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag für Kommunal Finanzen.

Mathias Fröck

Erfahrungsaustausch von Kommunalpolitiker*innen

Liebe an der Kommunalpolitik interessierte Menschen, damit wir uns gemeinsam im Sinne einer Interkommunalen Zusammenarbeit besser abstimmen können, lade ich Euch im Namen des Kommunalpolitischen Forum Sachsen e.V. gern zur zweiten – diesmal Online-Runde zu dem Thema. Nach dem ersten Treffen am 29. Februar wollen wir uns am Sonnabend, dem 13. Juni um 13 Uhr dazu erneut austauschen.

Ihr braucht dazu nichts anderes zu machen, als am 13.6. um 13 Uhr auf nachfolgenden Link zu klicken <https://bbb.dielinke-sachsen.de/b/lan-jp9-ark>

Ihr braucht dazu nur Internet und ein Mikrofon (es funktioniert also auch mit Eurem Smartphone)

Hintergrund:

Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) bezeichnet die Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften, also von Gemeinden, kreisangehörigen oder kreisfreien Städten sowie Kreisen zur Realisierung gemeinsamer Ziele und Aufgaben.

Dies bedeutet entsprechend auch, dass die Vertreter in den unterschiedlichen Ebenen der kommunalen Parlamente sich regelmäßig austauschen, Probleme erörtern und gemeinsam Lösungen finden sollten.

Ziel der IKZ für die Akteure in klei-

nen Kommunen im Alltag mit ihren vielfältigen praktischen Aufgaben der Daseinsvorsorge ist eine Entlastung um so Freiräume und Anlässe für den Blick auf strategische Fragen schaffen. Denn häufig seien Entscheidungsträger mit dringlichen Aufgaben im Alltagsgeschäft konfrontiert. „Momente, sich mit etwas Abstand den strategischen Zukunftsfragen der Gemeinde zu widmen, sind selten und wären aber wichtig, um die Kommunen in einer Region gemeinsam zukunftsfähig zu machen“, erklärt Jutta Deffner vom Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE).

Wer der IKZ jedoch keine Chance gibt oder sie nicht richtig nutzt, verschwendet Potential. Denn sie hat viele Vorteile: Sie stärkt die Leistungsfähigkeit der Kommunen, verbessert ihre Wettbewerbsfähigkeit und spart häufig Kosten sowie Personal. Viele Experten bezeichnen die IKZ deshalb auch als Alternative zu den umstrittenen Gemeindegebietsreformen. Denn sie erlaubt es Kommunen, bei Problemen wie etwa dem Bevölkerungsrückgang, dem Fachkräftemangel oder chronischer Finanznot zusammenzuarbeiten - ohne die kommunale Selbstverwaltung aufgeben zu müssen. Daher ist es notwendig, dass die Akteure vor Ort zusammen und abgestimmt wirken.

Jens Hentschel-Thöricht

Stadt Görlitz:

Linksfraktion will Bürgerbeteiligung um Lösungen für die kommunalen Einnahmeausfälle zu finden

Ein Beitrag von Mathias Fröck

Im Zuge der Covid 19 - Pandemie kommen auf die Stadt Görlitz erhebliche Ausfälle in den Einnahmen des laufenden Haushalts zu. Zusätzlich steigen ungeplant die Ausgaben der Stadt aufgrund der Coronaschutzmaßnahmen, z.B.: durch Absperrungen der Spielplätze oder mit der Schulöffnung verbundene Hygiene- und Schutzmaßnahmen. Bereits in der letzten Stadtratssitzung hat die Linksfraktion deshalb beim Oberbürgermeister nach aktuellen Zahlen gefragt – die er jedoch nicht geben konnte. Trotzdem beschloß der Stadtrat in seiner Sitzung am 30. April für die Stadthallenbetreuung mehr als 1,3 Millionen Euro aus noch nicht einmal erwirtschafteten Gewinnen der KommWohnen sowie Eigenmitteln auszugeben – gegen

die Stimmen der Linken.

Die Linksfraktion hat im Mai zur Sitzung des Ältestenrates, in dem über die Tagesordnung des Stadtrats beraten wird, einen Antrag vorgelegt, in dem sie fordert, bei der Lösungsfindung zur Kompensation von Einnahmeausfällen Bürgerbeteiligung anzuwenden und will den OB beauftragen, dafür ein Verfahren einzuleiten.

Jana Lübeck, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion dazu: „Leider fand sich im Ältestenrat keine Mehrheit dafür, den Antrag bereits in der kommenden Stadtratssitzung zu behandeln. Natürlich ist uns klar, dass der Antrag kurzfristig eingereicht wurde, aufgrund der aktuellen Situation sehen wir jedoch dringenden Handlungsbedarf – gerade auch weil uns als Stadträten, trotz

Nachfrage in der letzten Sitzung, immer noch keine Zahlen zu den Covid 19 - bedingten Einnahmeverlusten und Mehrausgaben vorliegen. Immerhin versprach der Oberbürgermeister nächste Woche Donnerstag im Stadtrat über die aktuelle Situation zu berichten – schade, dass daraus dann frühestens im Junistadtrat eine Lösungsfindung erfolgen wird.“

Mathias Fröck, Geschäftsführer der Stadtratsfraktion zum Antrag: „Klar ist mittlerweile, dass sich auch im Görlitzer Haushalt dieses und die nächsten Jahre große Löcher auftun werden. Dabei wird die Stadt vermutlich nicht darum herum kommen, in manchen Bereichen zu kürzen – und damit verbunden auch an der Lebensqualität der Menschen in Görlitz zu kürzen. Da-

her sieht der Antrag vor, dass ein zeitweilig beratender Bürgerrat gebildet wird, um Lösungen für die finanziellen Auswirkungen der Pandemie für die Stadt zu finden. Er soll durch eine möglichst zufällige Auswahl Görlitzerinnen und Görlitzer einen Querschnitt unserer Stadtgesellschaft abbilden und die Ergebnisse im Anschluss öffentlich diskutieren. In verschiedenen Kommunen in Deutschland und Österreich werden so, häufig erfolgreich, Menschen an heiklen Entscheidungen beteiligt. Daher versteht die Linksfraktion diese Krise auch als Chance für unsere Stadt, endlich im leicht eingeschlafenen Bereich der Bürgerbeteiligung wieder mehr Wind in die Segel zu bekommen.“

OV Zittau

Rotkehlchen

1. Mai 2020 in Zittau

50 Menschen unterstützen Forderung der LINKEN „Menschen vor Profite“

Am 1. Mai brachte DIE LINKE in Zittau ihre Forderungen zum „Tag der Arbeit“ mit einer Kundgebung in der Zittauer Neustadt öffentlich. Etwa 50 Menschen nahmen an dieser teil. Darunter Mitglieder von Gewerkschaften und Aufstehen. Besonders freuten sich die Anwesenden, als eine Teilnehmerin rote Nelken, das Symbol zum „Arbeiterkampftag“ verteilte. Jens Hentschel Thörich ging in seiner Rede auf die besonderen Bedingungen ein, unter denen der 1. Mai in diesem Jahr stattfindet. Hier einige Auszüge aus seiner Rede:

Der diesjährige 1. Mai steht einerseits unter dem Vorzeichen von Corona – und andererseits natürlich für den Einsatz für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Dabei zeigt gerade die Corona-Krise in großer Deutlichkeit, wie viele Berufe trotz ihrer Wichtigkeit für unser Leben viel zu schlecht bezahlt werden, welche Probleme die Einpeitscher der Privatisierungen (nicht nur im Gesundheitswesen) erzeugt haben und dass der Umgang mit der Krise und ihrer Kosten eine ganz grundlegende Gerechtigkeitsfrage ist.



Familie Eichner aus Görlitz und Familie Gläß aus Lawalde am 1. Mai in Zittau.
Foto: OV Zittau

Derzeit sind es vor allem die Beschäftigten, die für die Kosten der Krise geradezustehen haben: ...Ob mit Einkommenseinbußen durch Kurzarbeit, Mehrbelastungen durch die Kinderbetreuung oder längere Schichten bis hin zu Jobverlust oder Pleite. Während einige von ihren Vermögen leben können, mit der Krise teilweise noch Gewinne machen oder Unternehmen trotz Staatshilfe Dividenden ausschütten, müssen andere zurückstecken und auf das wenige Ersparte zurückgreifen. Wenn sich das nicht ändert, stehen am Ende der Krise auf der einen Seite Mil-

lionen Menschen, die ihren Job verloren, ihr Erspartes verbraucht oder sogar Schulden angehäuft haben, während einige Wenige keinen Anteil an der Krisenbewältigung tragen. Wir meinen: Das darf nicht sein. Der Kampf gegen die Krise ist eine fundamentale Gerechtigkeitsfrage. ... Klar ist, dass auch in solchen Krisenzeiten das grundgesetzliche Gefüge der Grund- und Freiheitsrechte beachtet und die Machtbalance der Staatsgewalten gewahrt werden muss. Dieses Gleichgewicht ist in den vergangenen Wochen in eine bedenkliche Schiefelage geraten. Bundes- und Landesministerien geben Ton und Tempo im Kampf gegen das Coronavirus vor. Eine wirksame parlamentarische Kontrolle ist angesichts der Rahmenbedingungen kaum noch möglich.“ hg

Zittaus Gärten

haben großes Potential

Unter dem Titel „Kleine Gärten - großes Potenzial!“ hat die Professur für Ökosystemare Dienstleistungen des Internationalen Hochschulinstitut (IHI) Zittau eine Broschüre veröffentlicht. Auf Anfrage von Winfried Bruns, Stadtrat der LINKEN, handelt es sich laut Angabe der Stadtverwaltung dabei um die Zusammenfassung einer Semesterarbeit dreier Studierenden des IHI Zittau. Da die Erarbeitung der Semesterarbeit ohne Beteiligung der Stadt Zittau bzw. der Zittauer Stadtentwicklungsgesellschaft mbH erfolgte, wurde seitens der Stadtentwicklung nun um Erläuterung der ausführlichen Arbeitsergebnisse beim IHI gebeten. Ein gemeinsames Gespräch ist anberaumt, hat aber noch nicht stattgefunden. Der Fachbereich des IHI erklärte auf Anfrage von Bruns, dass es durchaus möglich wäre eine Marketingstrategie zur Umsetzung der bisherigen Kleingartenkonzeption zu erstellen. Diese wurde durch den Stadtrat auf Antrag der LINKEN im Jahr 2016 beschlossen. Die Linksfraktion sieht die Stadt Zittau als Verpächter etlicher Kleingartenanlagen in der Pflicht, gemeinsam mit den „Laubenpiepern“ langfristige Lösungen zum Erhalt von Gartenanlagen zu erarbeiten.

Jens Hentschel-Thörich

Freiheit mit Vernunft verteidigen!

Die Landtagsabgeordnete Antonia Mertsching (DIE LINKE.) bezieht zur Kundgebung der AfD am Samstag, 9. Mai, in Weißwasser Stellung. Die Freiheit der Menschen in Deutschland wurde und wird besonders durch das achtsame Verhalten der Bürger*innen und die erfolgreichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie verteidigt.



Antonia Mertsching.

tungsvolles Handeln diese Übersterblichkeit gering halten. Das haben wir auch den einschränkenden Maßnahmen zu verdanken. Nun muss fortwährend bei der Abfederung der Lasten für Familien, Kinder und Jugendliche, Vereine und Unternehmen mit denen für die Risikogruppen abgewogen werden. Das scheint aber kaum das Anliegen der AfD bei dieser Kundgebung zu sein.

Ein „zurück-zur-vor-Corona-Normalität“ zu fordern, verkennt den Nutzen dieser Maßnahmen. Die schrittweise Aktivierung des öffentlichen Lebens ist vernünftig. Die Ausübung der Religions- und Versammlungsfreiheit ist wieder hergestellt. Dass nun gerade die AfD Freiheit fordert, finde ich total absurd, wenn wir uns deren Verhalten gegenüber der Presse- oder Religionsfreiheit ansehen“, fasst Antonia Mertsching zusammen.

„Wir alle sind uns einig, dass die Lebenssituation mit dem Corona-Virus sehr einschränkend ist. Familien stehen aufgrund der umfangreichen Betreuung der Kinder vor besonderen Herausforderungen. Viele ältere Angehörige können in Pflegeheimen nicht besucht werden. Die Pandemie schafft finanzielle Unsicherheiten und Existenzängste von Unternehmen und Selbstständigen“, führt Antonia Mertsching aus.

„Neben den Freiheitsgrundrechten gibt es nun mal auch ein Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit. Das dürfen wir nicht vergessen! Die Herausforderung besteht darin, hier sensibel abzuwägen. Die Zahlen zur Übersterblichkeit in Europa sprechen eine deutliche Sprache: 160.000 mehr Todesfälle durch Corona. In Deutschland konnten wir durch unser verantwort-

Am 05. Juni um 14:30 findet eine Kette des Dankes von der Bahnhofstraße zur Berliner Straße statt, um allen Helfern zur Überwindung der Coronakrise zu danken und eine schnelle unbürokratische Umsetzung der Maßnahmen zur Unterstützung zu fordern.

Ein neues Format zur Kommunikation in Weißwasser:

Der online talk „Leben mit Corona - Perspektiven aus Weißwasser“

Am 19. Mai 2020 um 19 Uhr war es so weit. Angesichts der Corona-Pandemie, dieser neuartigen gesellschaftlichen Situation und vielfältigen (Facebook-)Diskussionen wollte ich eine Gesprächsrunde ins Leben rufen, die verschiedene Perspektiven auf die Pandemie deutlich macht. Denn in den vielen Gesprächen, die auch ich zum Thema in meinem Umfeld führe, wurde eines sehr deutlich: es herrscht große Unsicherheit, es gibt viele Fragen.

Andererseits gibt es aber auch diejenigen, die sich hinstellen und behaupten, dass das alles doch ganz einfach zu lösen wäre oder warum die Regierung nicht einfach das und das mache oder wie widersprüchlich so manch

Entscheidung sei. Diese Haltung verwundert mich – positiv formuliert – jedes Mal wieder, zeigt sie doch, dass die Leute entweder zu wenig eigene Erfahrungen haben, komplexe Entscheidungen vor dem Hintergrund einer unbekanntem Variable zu treffen. Oder sie zeigt, dass einige Menschen das Regierungshandeln als willkürlich und nicht überlegt wahrnehmen.

Aus diesem Grund lud ich mir einen Vertreter aus der Gastro, die Leiterin einer Lungen- und Herzsportgruppe und den Vorsitzenden des Weißwasseraner Stadtvereins zur ersten Talk-Runde ein. Leider wollte niemand teilnehmen, der oder die sich selbst zur Risikogruppe zählt – aus Angst angefeindet zu werden. Diese Entwicklung

macht mir ernsthaft Sorgen. Mein Fazit aus der ersten Gesprächsrunde: Die meisten Probleme drehen sich rund um die Kommunikation. Zum Einen, dass sie für viele, gerade ältere Leute nicht mehr physisch und ohne die Woche strukturierende Termine stattfindet. Gerade die Einsamkeit macht vielen zu schaffen und selbst die vielen Angebote von Telefonhotlines oder über das Soziale Netzwerk Lausitz kamen bei einigen Betroffenen nicht an. Zum Anderen, dass zwar verschiedene und umfangreiche Hilfen zur Verfügung gestellt wurden – aber zu wenig Informationen dazu, worauf zu achten und wie diese abzurufen sind. Und jetzt bei den Lockerungen ist auch

unklar, welche Ansprüche Hygiene- und Sicherheitskonzepte erfüllen sollen. Jede und jeder erstellt eigensinnig Konzepte und hofft dann auf Genehmigung.

Abschließend kamen die Teilnehmenden noch selbst auf die guten Seiten der Pandemie zu sprechen: Sie habe gezeigt, wie hilfsbereit die Menschen füreinander sind. Und wie schön es bei den vielen Spaziergängen ist, dass sich immer mehr Unbekannte grüßen. Oder wie cool, dass die Leute heute großzügiger mit dem Trinkgeld sind. Der dritte Talk wird am 16. Juni 2020 um 19 Uhr auf dem YouTube-Kanal der Medienstube Weißwasser übertragen.

Antonia Mertsching

Das wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur ein einziges Mal gegeben. Und benutzen soll er es so, dass er sterbend sagen kann: Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft, habe ich dem herrlichsten der Welt, der Befreiung der Menschheit gewidmet.
Nikolai Ostrowski

Gemeinsam mit ihrer Familie trauert der Ortsverband der Partei DIE LINKE um unsere Genossin

Brigitta Hochmann

geb. 12.02.1934
gest. 15.05.2020



Brigittas Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit von Jugend an, weist sie als treue aufrichtige Kämpferin unserer Partei aus. Auch Rückschläge erschütterten nicht ihre Position zur und für linke Politik. Ihre Geradlinigkeit ganz gleich in welcher Funktion hatte immer das Ziel die Einheit und Geschlossenheit innerhalb der Partei zu festigen.

Solidarität gehörte zu ihrem Lebensinhalt in Wort und Tat. Brigitta war stets Vorbild und Ansporn für uns, u.a. auch was die Arbeit für Cuba si betraf.

Brigittas besonderes Interesse galt der Literatur. Ihre Verbreitung war ihr stets Herzenssache und ständiges Anliegen. Leider konnte sie an der von ihr zuletzt organisierten Veranstaltung mit Winfried Pozner nicht mehr teilnehmen.

Brigitta, Du wirst uns sehr fehlen, besonders Deine Ideen mit den Du Dich in unsere Arbeit eingebracht hast, Deine mütterliche Art und Weise, mit der Du Dich um uns gesorgt und uns unterstützt hast, aber wir rücken weiterhin zusammen, wie Du es immer wolltest.

Wir werden Dich stehst in Erinnerung halten und sicher Viele, die Dich durch Dein aktives Wirken, egal wo auch immer, kennen und schätzen gelernt haben.

BO Löbau und BO Oberland:

Geplante Veranstaltungen zum 75. Jahrestag der Befreiung fanden statt

Am 8. Mai fanden im Bereich des ehemaligen OV Löbau die vorgesehenen Gedenkveranstaltungen zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus statt – wenn auch im kleineren Rahmen. In Löbau gedachten Genossen und Sympathisanten an den Gräbern gefallener Rotarmisten und legten auf dem katholischen und evangelischen Friedhof rote Nelken nieder. In Ebersbach und Neugersdorf legten Mitglieder der BO Oberland an den Gedenksteinen vor den Rathäusern Blumenbinden nieder.

11 Uhr trafen sich 16 Teilnehmer auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof in Kottmarsdorf. Annemarie Philipp hatte im Namen der BO Löbau Süd an jeden Grabstein eine Nelke gelegt. In einer kurzen Rede würdigte Heiderose Gläß den Gedenktag. Sie berichtete von ihrer Mutter, die folgende Erinnerungen an den 8. Mai 1945 hatte: „Ich lebte in einem Gebiet, das bis zu diesem Tag noch unberührt vom Krieg blieb, bis die Kunde ‚Die Russen stehen vor der Kreisgrenze‘ wie ein Lauffeuer durch unseren Ort ging. ... Noch heute sehe ich deutlich vor mir den ersten sowjetischen Soldaten die Dorfstraße herauf kommen. Jung, stark. Kurze Zeit darauf fiel er. Einer von jenen 27 Millionen gefallener Helden



Auf dem evangelischen Friedhof in Löbau. v.l. Werner Schirmer, Heidi Gläß, Jörg Ebert und Rita Heinrich.
Foto Jürgen Hönicke

des Sowjetvolkes.

Versprengte SS-Banditen wimmelten im Ort, sie wollten den „Endsieg“ und metzelten alle nieder, die weiße Fahnen aus ihren Fenstern hissten. Und so fanden am letzten Kriegstag noch viele Menschen den Tod.“ – soweit die Erinnerungen von Hedwig Schneider in der „Freien Presse“ von 1980 Heidi Gläß weiter in ihrer Rede: „Auch hier in der Oberlausitz gab es in den letzten Kriegstagen vor 75 Jahren noch erbitterte Kämpfe, und die Daten auf den Gräbern der hier Begrabenen beweisen, dass junge Menschen auch hier

in den letzten Tagen des Krieges noch ihr Leben verloren. Ihrer wollen wir gedenken und uns vor ihnen verneigen. Vor 75 Jahren ging ein grausamer und blutiger Krieg zu Ende, der 55 Millionen Menschen das Leben kostete. Allein die Völker der Sowjetunion beklagen über 27 Millionen Tote. Und es waren die Soldaten der Roten Armee, die gemeinsam mit ihren Verbündeten Deutschland und Europa vom Hitlerfaschismus befreiten. Sie trugen die Hauptlast des Krieges.

Auch wenn aktuell andere Probleme

in den Medien eine Rolle spielen, so bin ich froh, dass wir heute hier unserer Tradition treu bleiben und der Befreier gedenken, die ihr Leben opfereten. Das unsägliche NATO-Manöver „Devender 2020“, das unmittelbar an der Grenze zu Russland, 75 Jahre nach Ende des Großen Vaterländischen Krieges stattfinden sollte, wurde wegen der „Corona-Krise“ kurzfristig abgesagt, aber trotzdem üben jetzt schon wieder NATO-Truppen auf dem Übungsplatz „Oberlausitz“ den Krieg, gibt Deutschland Höchstsummen für Rüstung aus.

75 Jahre ist es her, dass der 2. Weltkrieg endete – ein Menschenleben, aber es ist notwendig, immer wieder daran zu erinnern was passierte und den Gedanken des Friedens auch den nächsten Generationen, unseren Kindern und Enkeln weiterzugeben. Immer wieder am 8. Mai gehen mir die Lieder, die wir in unserer Jugend gehört und gesungen haben, nicht aus dem Kopf: **„Wer hat vollbracht all die Taten, die uns befreit von der Fron – es waren die Sowjetsoldaten, die Söhne der Sowjetunion.“** Und so möchte ich meine kurze Rede schließen: Dank euch ihr Sowjetsoldaten! – Danke für die Befreiung. – Danke für den Frieden.“

Heiderose Gläß

Wer an die Vergangenheit denkt, muss auch in die Zukunft blicken.

Wer von der Zukunft spricht hat nicht das Recht, die Vergangenheit zu vergessen.

Marschall der Sowjetunion Tschuikow

Am 8. Mai in Rothenburg



Am 8. Mai gedachten Mitglieder der BO Rothenburg in kleiner Runde der in und um Rothenburg gefallenen Soldaten der Roten Armee. Zum 75. Male jährte sich der Tag der Befreiung Europas vom Hitler-Faschismus. Ein Datum, das verstärkt ins Bewusstsein der Menschen gerückt werden muss, da neofaschistische und antisemitische Töne in der Gesellschaft wieder hoffähig werden.

Weißwasser:

Einen tiefen Respekt vor dem unendlichen Leid

Weißwasser: Gemeinsam, LINKE, Miteinander e.V. und Stadtverwaltung zum 75. Jahrestag der Befreiung

Einen tiefen Respekt vor dem unendlichen Leid

In Weißwasser fand am 8. Mai 12 Uhr, anlässlich der 75. Jahrestages der Befreiung Europas und Deutschlands vom Faschismus, trotz Corona, eine gemeinsame Kundgebung organisiert von LINKE, dem Verein Miteinander e.V., der Stadtverwaltung und dem Stadtverein statt. Redner waren MdL, Antonia Mertsching, Kreisvorsitzende der LINKEN. Görlitz, der Oberbürgermeister der Stadt Weißwasser und Torsten Pöttsch. Nachfolgend aus der Rede von Antonia Mertsching:

„Sehr geehrter Herr OB Pöttsch, lieber Miteinander e.V., liebe Stadtgesellschaft, in mir löst der 8. Mai immer zwei ganz unterschiedliche Gefühle aus. Zum Einen tiefen Respekt vor dem unendlichen Leid, das durch Deutsche verursacht wurde. Leid, das vor allem Menschen jüdischen Glaubens angetan wurde, ebenso politisch Verfolgten, Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen, Menschen mit Behinderungen, Sinti und Roma, Menschen, die von „gesellschaftlichen Erwartungen“ abweichen, allen Menschen, die durch das Kriegstreiben der Deutschen ihr Leben, ihre Angehörigen verloren oder davon gezeichnet wurden.

Leid, das unzähligen Menschen von einem Terrorregime angetan wurde, das Angst, Demütigungen und Misstrauen verbreitete, das Kriegsgefangene und Frauen in anderen Ländern misshandelte, das seine eigenen Soldaten mit Drogen vollpumpte.

Das zwölfjährige Nazi-Regime in Deutschland, sollte nicht klein geredet werden. Es war nicht einfach eine Verirrung in unserer Geschichte - es war.

.. eine Folge deutscher Großmachtphantasien und Überheblichkeit, die auch heute immer mal wieder zum Vorschein kommt.

.. eine Folge von der Vorstellung, es gäbe „normale“ Menschen, eine Mitte - und alle anderen seien nur eine Abweichung vom Maß, eine Abnormität oder Extreme.

.. eine Folge von Selbstgerechtigkeit und antidemokratischen Werten, die man auch heute wieder sehen kann. Und zum anderen ist dies aber auch ein Tag der Freude: um den 8. Mai 1945 endete der von Deutschland verursachte zweite Weltkrieg, endete das Nazi-Terrorregime, endete der Holocaust.



Am sowjetischen Ehrenmal in Weißwasser.

Foto: H. Krahl

Deswegen hat die Linksfraktion Sachsen schon mehrmals gefordert, den 8. Mai in Sachsen zu einem Gedenktag zu machen. So auch dieses Jahr zum 75. Jubiläum.

Kulturstaatsministerin Barbara Klepsch antwortete auf unseren Antrag: „Den 8. Mai zu einem regional begrenzten Gedenktag zu erklären, wird nicht seiner historischen Bedeutung gerecht, da die Befreiung vom nationalsozialistischen Unrechtsregime für Gesamtdeutschland erfolgte und somit auch ein entsprechender Gedenktag deutschlandweit Geltung haben muss.“

Demzufolge haben wir die Sächsische Staatsregierung nun aufgefordert, im Bundesrat entsprechend tätig zu werden. Ein Gedenktag allein wird es freilich nicht richten. Doch er macht Erinnerungskultur vielfältiger. Denn: Je mehr Zeit vergeht, umso leichter wird es, deutschen Übermut zu verharmlosen oder sogar neu zu aktivieren. Solange Menschen Beleidigungen mit Meinungsfreiheit verwechseln, der

Respekt voreinander sich immer wieder auf dünnem Eis bewegt oder Gewalt gegen Menschen als Mittel der Konfliktlösung oder Problembewältigung neuen Aufwind bekommt, so lange ist der Faschismus in der Gesellschaft nicht bekämpft.

Deswegen zitiere ich mal ausnahms-

weise Jan Böhmermann: Wer schon immer mal wissen wollte, wie das mit den Nazis damals einfach so passieren konnte, lebt in der richtigen Zeit! Aus diesem Grund danke ich dem Miteinander e.V., dass dieser sich um das Ehrenmal kümmert und das Miteinander in der Stadt pflegt,



Der Oberbürgermeister Torsten Pöttsch und MdL Antonia Mertsching pflanzen im Anschluss an die Veranstaltung eine Birke zum ewigen Gedenken.

Foto: Heike Krahl

Ich danke der Stadt Weißwasser für die schöne Idee mit dem Baum, der Weißbirke – Bäume spenden Hoffnung für die Zukunft.

Und ich danke allen, die heute zur Gedenkveranstaltung gekommen sind – ihr haltet in diesen *anders schwierigen* Zeiten die Mahnung der Geschichte wach und seid Hoffnungsträger für eine friedliche und freundliche Gesellschaft. Danke.

Der Ortsverband Weißwasser legte auch Gebinde in Trebendorf, Rietschen, Boxberg, Gablenz, Uhyst und Bad Muskau nieder und gedachte dem großen Anteil, den die Sowjetunion zur Befreiung beigetragen hat. NIE wieder Krieg! War der Hauptgedanke der Anwesenden.



Fotos: Heike Krahl

Zittau begeht „Tag der Befreiung“ würdig

Zu Beginn des Jahres hatte der Zittauer Stadtrat auf Antrag der LINKEN beschlossen:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges, dieses bedeutende historische Ereignis am 8. Mai 2020 mit einer angemessenen Veranstaltung unter Einbeziehung von Vertretern der Partnerstädte Bogatynia (PL) und Hradec nad Nisou (CZ) sowie nach Möglichkeit der Kirchgemeinden zu gedenken.

Trotz der schwierigen Situation in Bezug auf die Corona-Maßnahmen, organisierte die Zittauer Stadtverwaltung am 8. Mai 2020 um 12 Uhr ein Treffen von Vertretern aller drei Seiten am Dreiländereck, unter Berücksichtigung der jeweiligen Sicherheitsmaßnahmen. Etwa 70 Menschen nahmen auf deutscher Seite an dem Treffen teil. Als die Europahymne erklang, wurden Tauben – als Symbol des Friedens – fliegen gelassen.

Ortswechsel Frauenfriedhof

Um 14 Uhr führte die Zittauer LINKE auf dem Frauenfriedhof ein „Gedenken aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges am 8. Mai“ durch. Etwa 30 Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich daran.

Jens Hentschel-Thöricht, Vorsitzender der LINKEN in Zittau:

„Vor 75 Jahren schwiegen in Europa endlich die Waffen. Der 8. Mai 1945 war für Millionen Menschen in Europa



Am Dreiländereck.

Foto: Jens Hentschel Thöricht

und weltweit ein Tag der Hoffnung und Zuversicht. Die Alliierten zerschlugen das barbarische Nazi-Regime und sein Militär. Nicht zuletzt die Rote Armee trug mit einem riesigen Blut-zoll entscheidend dazu bei.

Der 8. Mai 1945 ist als „Tag der Befreiung“ in mehreren europäischen Ländern ein Gedenktag, an dem der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und damit des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa gedacht wird.



Foto: OV Zittau

Jens Hentschel Thöricht am Gedenkstein in Zittau.

An seinem 75. Jahrestag wird hiermit auch in Zittau an die Befreiung von nationalsozialistischer Herrschaft, von Völkermord und vom Grauen des Krieges gedacht. Es wird an die Millionen Menschen - darunter auch Zittauerinnen und Zittauer - erinnert, die ihr Leben für die Befreiung der Völker Europas vom Faschismus eingesetzt und verloren haben. Mit dieser Mahnung wird die humanistische Forderung nach Toleranz und Frieden in der gesamten Welt nachdrücklich unterstrichen.

Doch nicht Courage oder eine friedenspolitische Orientierung der Regierenden in Deutschland, sondern ein Virus verhindert, dass ausge-rechnet in diesem Jahr tausende Soldaten und Panzer in Richtung Russland rollen. Das NATO-Kriegsmanöver „Defender 2020“ bleibt auch auf dem Papier eine Bedrohung

müssen Erinnerung und Mahnung aber im gesellschaftlichen Gedächtnis verankert werden. Der „Saatboden für einen neuen Faschismus“ (Jürgen Habermas) ist noch immer nicht ausgetrocknet.

Die Zittauer Linken unterstützen die Bitte der Holocaust-Überlebenden und Vorsitzenden des Auschwitz-Komitees in Deutschland, Esther Bejarano, die sie in einem offenen Brief an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Mitglieder des Bundestages geschrieben hat: „Der 8. Mai muss ein Feiertag werden.“ Dies würde helfen, „endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes“.

Jens Hentschel Thöricht

ZUM 8. MAI

TAG DER
BEFREIUNG:

NEIN ZUR SPRACHE DER GEWALT,
JA ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS



75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist der Frieden wieder bedroht. Selbst bei uns in Europa ist er brüchig. Vieles ist unsicher geworden und globale Bedrohungen sind hinzugekommen. Die schnell zusammengewachsene Welt zeigt neue Formen der Gewalt und Verletzlichkeit. Die soziale Spaltung wird tiefer, die vom Menschen gemachte Klimakrise, die Zerstörung der Ernährungsgrundlagen und der Kampf um Rohstoffe bedrohen uns. Die weltweite Ausbreitung der Corona-Pandemie wird auch genutzt, autoritäre Strukturen zu schaffen oder zu zementieren. Sie trifft die Ärmsten und Schwächsten besonders hart. Nicht zuletzt versuchen Nationalisten, die Unsicherheit für ihre miese Propaganda zu nutzen.

Wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen. Die häufig zu hörende Forderung, Europa müsse die „Sprache der Macht“ (Münchner Sicherheitskonferenz) lernen und seine militärischen Fähigkeiten ausbauen, ist falsch. Mehr Militär löst keines unserer Probleme. Wir brauchen vielmehr eine Zivilisierung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Konflikte. Andernfalls kehren die Gespenster der Vergangenheit zurück, die nur Tod und Zerstörung mit sich bringen.

Ein neuer Rüstungswettlauf ist bereits voll im Gange. Auf zehn Länder nur entfallen 75 Prozent der weltweiten Militärausgaben.

Deutschland steht dabei auf Platz sieben. Die Ausgaben für Rüstung und Militär steigen weiter an, neue Atomwaffen werden entwickelt und sollen stationiert werden. Sie sind noch schneller und noch zerstörerischer als alles was bisher war. Auch ohne diese Massenvernichtungswaffen steigt in der Welt digitaler Technologien die Gefahr militärischer Konflikte, denn die Hemmschwelle ist weit geringer.

Das 21. Jahrhundert darf nicht zu einem Jahrhundert der Konfrontation und Gewalt werden. Unsere Aufgaben heißen deshalb: Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung, Stärkung der Vereinten Nationen, weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle, friedliche Beilegung ökonomischer, sozialer und ökologischer Konflikte. Wir unterstützen die Initiative des UN-Generalsekretärs für einen sofortigen weltweiten Waffenstillstand. Unsere Verantwortung ist eine Politik globaler Gerechtigkeit. Wir sind viele und in der Demokratie nicht ohnmächtig.

Wir sagen Nein zu einer Sprache der Gewalt, stattdessen Ja zu einer Kultur des Friedens, der Vernunft und der Verständigung.

Wir sagen Nein zu einer Erhöhung der Militärausgaben! Ja zu Abrüsten statt Aufrüsten! Ja für eine neue Entspannungspolitik jetzt!

„Atlantic Resolve“ und „Defender Europe 2020 plus“ sofort stoppen!

Die US-Army gab bekannt, dass sie vom 05.-09. Juni den anstehenden Austausch ihrer Truppen im Rahmen der „Operation Atlantic Resolve“ trotz der Risiken durch die Corona-Pandemie durchführen wird und auch der Militäraufmarsch „Defender Europe 2020“ soll in modifizierter Form wieder aufgenommen werden. Das Bundesministerium der Verteidigung hat nun mitgeteilt, das daran sich 4.000 US- Soldatinnen und Soldaten sowie 2000 polnische Soldatinnen und Soldaten beteiligen sollen. Darüber hinaus untersucht das US-Militär, wie auf dem deutschen Truppenübungsplatz Bergen gemeinsame Gefechtsübungen stattfinden können, und wie dafür Personal aus den USA nach Deutschland verlegt werden kann. Der vor einigen Wochen angekündigte Abbruch von Defender Europe 2020 war also offenbar eine reine Nebelkerze.

Kathrin Vogler und Alexander Neu appellieren an die Bundesregierung, die US-amerikanischen Militäraktivitäten sofort zu stoppen.

Kathrin Vogler dazu: „Während die Welt, während wir alle mit den tödlichen Risiken und dramatischen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie kämpfen, müssen wir erschüttert zur Kenntnis nehmen, wie schnell die US-Militärmaschine, unterstützt von der NATO wieder Fahrt aufnimmt. Die USA bereiten sich mit ‚Atlantic Resolve‘ und ‚Defender Europe 2020 plus‘-Provokationen auf einen Krieg mit Russland vor. Diese aggressive Drohpolitik muss gestoppt werden! Während die Zivil-



bevölkerung in Europa in ihrer Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt wird, haben die Militärkonvois auf allen Straßen freie Fahrt - das ist vollkommen unerträglich! Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie diese Kriegsspiele stoppt!“

Alexander S. Neu, Obmann im Verteidigungsausschuss für die Fraktion DIE LINKE, erklärt zur geplanten weiteren Durchführung des US-Militärmanövers Defender Europe 2020

„Das US-Militär führt offenbar ein von allen anderen Lebensbereichen und der Realität abgekoppeltes Eigenleben. Anders ist es jedenfalls nicht zu erklären, wie man sonst auf die Idee kommt, während einer globalen Pandemie und einer damit einhergehenden Wirtschafts- und Sozialkrise, die gegen Russland gerichteten militärischen Sandkastenspielchen wieder aufzunehmen. Neu weiter: DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, keine Militärmanöver auf deutschem Staatsgebiet zu dulden – erst recht

nicht, solange wir uns noch mitten in einer Pandemie befinden. Ebenso darf sich die Bundeswehr weder materiell, noch logistisch oder personell an der Fortführung dieses Militärwahnsinns beteiligen. Militärische Kriegsspiele helfen dabei überhaupt nicht – ganz im Gegenteil: sie erhöhen nicht nur die Gefahr, das Corona-Virus weiter zu verbreiten, sondern auch die Gefahr einer militärischer Eskalation. Beides darf unter keinen Umständen zugelassen werden.“

<https://neu-alexander.de/2020/05/fortsetzung-des-militaermanoers-defender-verhindern/>

Zusammengestellt von Heike Krahl

Die AG FRIEDEN im Kreisverband berät am 4. Juni in Form einer Telefon- bzw. Videokonferenz zu den anstehenden Aufgaben. Interessenten bitte meldet euch beim Kreisgeschäftsführer, Marko Schmidt, für die Einwahldaten.

H. Krahl, Sprecherin der AG Frieden

Mirko Schultze:

Der „Schutzschirm für Kommunal Finanzen“ ist eher ein Knirps

Für kleine Kommunen ums blanke Überleben

Zum „Schutzschirm für Kommunal Finanzen“ erklärt Mirko Schultze, Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag für Kommunalpolitik: „Es ist ja gut, dass Staatsregierung in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden Soforthilfe auf den Weg bringt. Ich warne aber vor Euphorie, denn der Schutzschirm ist mit 750 Millionen Euro eher ein Knirps, wenn den Kommunen allein in diesem Jahr etwa eine Milliarde Euro an Steuereinnahmen entgehen werden. Die Verantwortlichen der CDU-Finanzpolitik in Dresden haben die kommunale Ebene in den letzten Jahren systematisch ausgetrocknet, um schillernde Landeshaushalte präsentieren zu können. Viele Städte und Gemeinden konnten schon vor der Pandemie nur wenig mehr als ihre Pflichtaufgaben finanzieren. Jetzt stehen auch viele freiwillige Leistungen auf dem Spiel – Investitionen in Schulen, Straßen oder den Netzausbau sowieso. Es wäre absurd zu erwarten, dass die aufgeschobene Modernisierung der teils desolaten Infrastruktur jetzt in Krisenzeiten nachgeholt wird.“

Während es in den letzten Jahren darum ging, das Leben auf dem Lande
(Fortsetzung auf Seite 14)

+++Leserbriefe+++Leserbriefe+++Leserbriefe+++Leserbriefe+++Leserbriefe+++Leserbriefe+++Leserbriefe+++Leserbriefe+++

Warum ich die Thüringer Erklärung „Historische Verantwortung wahren - Demokratie und Menschenrechte verteidigen“ nicht mittragen kann

Winfried Bruns

Allein die Passage „Wir nehmen wachen Anteil an der Geschichte und dem Leid der Millionen Menschen, die von den Nationalsozialisten zunächst in Deutschland und dann in den vom „Dritten Reich“ besetzten Ländern entrechtet, entwürdigt, ausgegrenzt, ausgeplündert und ermordet worden sind: allen voran die deutschen und

europäischen Juden, aber auch Sinti und Roma, Kranke und Behinderte, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, sozial Diskriminierte und alle, die im besetzten Europa oder als Deportierte im Reichsgebiet Zwangsarbeit leisten mussten oder Opfer von Besatzungs- und Kriegsverbrechen wurden“ sagt alles – oder nichts: politische Gefangene gab es nicht?

Ein Initiator und Unterzeichner der Erklärung ist Dr. Knigge, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Betroffene kritisieren die Leitung der Gedenkstätte Buchenwald sehr heftig. Die faktische

Gleichsetzung der Opfer des Faschismus mit jenen Personen, die dort nach 1945 interniert wurden, muss verständlicherweise die erste Gruppe empören. Die unter der Bezeichnung «Opfer des Stalinismus» firmierende Gruppe war sehr heterogen und umfasste Kriegsverbrecher, NS-Funktionäre, aber auch Kritiker der sowjetischen Besatzungsmacht und des Regimes der SBZ.

Der ehemalige Vorsitzende der Konferenz für Geschichtsdidaktik Heinz Strotzka, Salzburg betont:

„... Das Kuratorium mit Dr. Knigge an der Spitze entfachte überdies eine

Polemik gegen die Handlungsweisen ehemaliger Häftlinge. Grundlage seiner Theorie war hauptsächlich, was die Häftlinge Buchenwalds während und nach dem Krieg und darüber hinaus hätten tun oder unterlassen sollen. Unverständlich wurde allerdings keinem dieser Häftlinge jemals gestattet, in diesem Kuratorium vertreten zu sein. Das bösartige Krebsgeschwür des NS-Systems wird heute aber in der Präsentation in den Hintergrund gerückt und nur fragmentarisch dargestellt, und für junge Besucher sind dadurch die historischen Zusammenhänge schwer durchschaubar.“

Vor Ort - Termine im Landkreis Görlitz

All diese Termine sind natürlich vorbehaltlich der Entwicklung des Coronavirus und der Entscheidungen der Bundes- und Landesregierung.

BO Löbau und Oberland

04.06. 17.00 Uhr Rathaus

Beratung der Stadtratsfraktion

09.06. 16.00 Uhr bei Fam. Weidauer,
Löbau, Damaschkestr. 10

**Beratung des Rates der BO-Vorsitzenden
Löbau**

23.06. 17.00 Uhr

Mitgliederversammlung der BO Oberland

Gaststätte Brauerei Ebersbach

Vorschau Juli 2020

02.07. 17.00 Uhr Rathaus

Beratung der Stadtratsfraktion

07.07. 16.00 Uhr Ort wird noch
bekanntgegeben

**Beratung des Rates der BO-Vorsitzenden
Löbau**

OV Region Weißwasser

Am 05. Juni um 14:30 findet eine Kette des Dankes von der Bahnhofstraße zur Berliner Straße statt, um allen Helfern zur Überwindung der Coronakrise zu danken und eine schnelle unbürokratische Umsetzung der Maßnahmen zur Unterstützung zu fordern

am 03. Juni Treffen zur Vorbereitung zur Aktion
am 5. Juni

am 16. Juni trifft sich der OV

Die AG FRIEDEN im Kreisverband berät am **4. Juni in Form einer Telefon- bzw. Videokonferenz zu den anstehenden Aufgaben.** Interessenten bitte meldet euch beim Kreisgeschäftsführer, Marko Schmidt, für die Einwahldaten.

H. Krahl, Sprecherin der AG Frieden

OV Görlitz

Ständige Termine im OV:

1. Dienstag im Monat: 18:00 Uhr
Informationstag

jeden Dienstag: 17:30 Uhr
Treffen der Linksjugend SOLID

**Änderungen sind immer möglich, wenn
notwendig oder sinnvoll!**

OV Zittau

10.06. 13.00 Uhr

**Die Beratung der Basisvorsitzenden
im Zittauer Büro der LINKEN**

Vorankündigung

Erinnern, versöhnen, gemeinsam handeln – für ein friedliches Miteinander

Am 29. August 2020 legen Vertreter der LINKEN um 10 Uhr an der „Wache“ in Waltersdorf (nähe Hauptstraße 165, am Grenzübergang nach Horní Světlá) einen Kranz am Denkmal für die Verteidiger der tschechischen Republik nieder. Dazu sind alle interessierten Bürger eingeladen. Christa Junge, Mitglied des Ortsvorstandes der LINKEN erklärt dazu: Da dieses Jahr das antifaschistische Traditionstreffen in Mala Upa aufgrund der Corona-Maßnahmen abgesagt wurde, treffen wir uns in Waltersdorf. Wir gedenken der gefallenen tschechischen Verteidiger: 75 Jahre nach dem Sieg über die faschistische Wehrmacht und die Befreiung der Völker von Faschismus und Krieg darf es keine andere Schlussfolgerung geben als die: NIE WIEDER FASCHISMUS – NIE WIEDER KRIEG. Gleichzeitig fordern wir eine friedliche Zusammenarbeit mit Russland statt eine permanente Bedrohung der Russischen Föderation! Unsere Stärke liegt in der internationalen Solidarität und im gemeinsamen Handeln der antifaschistischen und Antikriegskräfte!

Informationen

(Fortsetzung von Seite 13)

Für kleine Kommunen ums blanke Überleben

attraktiver zu machen, geht es jetzt gerade für kleine Kommunen ums blanke Überleben – um Strukturerhalt und nicht Strukturausbau. Wir fordern die Staatsregierung auf, aus der Not eine Tugend zu machen und das in die Jahre



Mirko Schultze.

gekommene System der sächsischen Kommunalfinanzierung endlich radikal zugunsten der kommunalen Ebene umzubauen. Das Finanzausgleichsgesetz muss grundlegend überarbeitet werden! Wir haben dazu bereits Vorschläge gemacht und heute einen aktuellen Antrag beschlossen.“

Europäischer Humanismus in der Krise – Onlinediskussion mit dem Mitglied des Europäischen Parlamentes Dr. Cornelia Ernst

Dienstag, den 2. Juni 2020 um 18:00 Uhr, lädt der Görlitzer Landtagsabgeordnete Mirko Schultze wieder zu einer Onlinediskussionsrunde ein. Dieses Mal dreht es sich um die Europäische Union und die Krise der europäischen Werte. Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte – dafür steht die EU in ihren Grundsätzen. Trotzdem hat gerade die Covid-19 Pandemie gezeigt, dass sich Europa gerade mit diesen Werten in einer Krise befindet. An den europäischen Außengrenzen werden noch immer Menschenrechte ignoriert, wenn tausende Flüchtlinge unter menschenunwürdigen und unhygienischen Bedingungen in Lager gesperrt werden, an der Grenze fallen Schüsse und einzelne Staats-



Dr.
Cornelia
Ernst.

chefs nutzen die Pandemie, um Demokratie und Datenschutz in ihren Heimatländern weiter zu untergraben.

Darüber möchte Mirko Schultze gemeinsam mit der Sprecherin für Innen-, Netz- und Energiepolitik Dr. Cornelia Ernst online live über Facebook, Instagram und Youtube diskutieren.

Wir erhielten jetzt die Nachricht, dass der langjährige Leiter des Zittauer Fanfarenorchesters „Otto Grotewohl“, unser Genosse

Helmut Evers

geb. 05.03.1926 - verst. 30.03.2020
verstorben ist.

Wir werden uns an seine Auftritte mit dem Orchester erinnern und sein Andenken bewahren.

OV DIE LINKE Zittau und BO Zittau 19

Mit seinen Angehörigen und Freunden trauern wir um unseren Genossen

Rainer Gerhard

geb. 11.01.1927 – verst. 29.04.2020

Wir werden sein Andenken bewahren.

OV DIE LINKE Zittau und BO Zittau 10

BUCHTIPP



Tränen allein genügen nicht

von Zacharias Zweig posthum
und Stefan Jerzy Zweig
mit einem Nachwort von
Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek

Das Schicksal von Dr. Zacharias Zweig und seinem Sohn Stefan Jerzy übersteigt jegliches Vorstellungsvermögen. War es schon kaum möglich, als Erwachsener die Torturen eines

Konzentrationslagers zu überstehen, so hatte ein Kind noch geringere Chancen. Die zusätzliche Sorge um das Kind muss für Dr. Zweig unerträglich gewesen sein. Am Beispiel der Familie Zweig lassen sich paradigmatisch die Etappen des Leidenswegs verfolgen. Die engere Familie, bestehend aus Dr. Zweig und seiner Frau Helena, der 1932 geborenen Tochter Sylwja und dem 1941 geborenen Sohn Stefan Jerzy, musste zuerst ins Krakauer Ghetto übersiedeln und kam dann nach Aufenthalt in den Konzentrationslagern Biezanow, Skarzysko-Kamienna und Plaszow ins KZ Buchenwald. Helena Zweig und ihre Tochter waren in einem Nebenlager des KZ Buchenwald interniert und wurden schließlich ins KZ Auschwitz deportiert, wo sie in der Gaskammer ermordet wurden.

Der Sohn Stefan Jerzy konnte nur dank der außerordentlichen Fürsorge von politischen Häftlingen überleben, die darin einen Akt des Widerstandes sahen und damit ein Zeichen der Menschlichkeit setzen wollten. (Bruno Apitz 1958 erschienenem Roman «Nackt unter Wölfen» habe ich vor längerem vorgestellt). Nach der Befreiung ging der Vater mit seinem Sohn zuerst nach Krakau zurück, weiter nach Frankreich und 1949 ließen sie sich schließlich in Israel nieder.

Stefan Jerzy hatte sich in dem jeweiligen Aufenthaltsland rasch die Landessprache angeeignet. Er schloss dann 1959 in Israel das Gymnasium ab und rückte in die israelische Armee ein. Inzwischen konnte Dr. Zweig den Kontakt mit jenen ehemaligen Häftlingen aufnehmen, die sich um das Überleben seines Sohnes verdient gemacht hatten.

Nach einigen Recherchen wurde von Seiten der DDR der Aufenthalt der in Bruno Apitz Roman dargestellten Hauptpersonen ermittelt. Es kam zu einem gemeinsamen Besuch des ehemaligen KZ Buchenwald.

Stefan Jerzy Zweig erhielt das Angebot, in der DDR zu studieren, was er vorerst ablehnte, aber dann entschied er sich doch für ein Studium an der Filmhochschule in Berlin-Babelsberg. Nach Beendigung seiner Ausbildung die DDR übersiedelte er 1972 mit seiner Familie nach Wien. Während seiner gesamten Studienzzeit behielt er die israelische Staatsangehörigkeit, die ihm angebotene DDR-Staatsbürgerschaft hatte er mehrmals abgelehnt.

Sein Vater verstarb 1972 in Tel Aviv. Er hatte 1961 einen ausführlichen Bericht über seine KZ-Aufenthalte verfasst, der den ersten Teil der vorliegenden Publikation darstellt.

Von nicht geringerer Bedeutung sind auch die Ausführungen des Sohnes, die er selbst als «Epilog» bezeichnet. Hier wird mit großer Offenheit sein persönlicher Lebensweg dargestellt, der immer unter dem Unstern der frühen Kindheitserlebnisse stand. Der «Ruhm», als Vorlage der Romanfigur in «Nackt unter Wölfen» gedient zu haben, war ohne Zweifel eine zusätzliche Belastung, die sein Leben stark beeinflusste.

Die vorliegende Dokumentation und der Lebensbericht von Stefan Jerzy Zweig sind authentische Beweise für die Auswirkungen eines der ungeheuerlichsten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte. Sie legen aber auch Zeugnis von tiefer Menschlichkeit ab, die unter den unvorstellbaren Bedingungen zum Ausdruck kam.

vorgestellt von Winfried Bruns

Leider ist die Dokumentation z.Z. Nicht im Buchhandel verfügbar

Einmal ganz persönlich

Tuomo Neumann

Geboren:

Am 02. Juni 1986 in Zittau

gelernte Berufe:

- Diätassistent (2003 – 2006)
- Mediengestalter (2008 – 2011)

jetzige Tätigkeit:

- seit 2008 Inhaber der Wheelbite Werbung,
- seit 2012 Inhaber des Fame – Graffiti- & Skateshop
- seit 2015 geschäftsführender Gesellschafter der IW18 Zittau UG



ehrenamtlich:

- Mitglied des Kreisvorstandes der LINKEN. Görlitz
- Vereinsmitglied im alternativen Zentrum EMIL e.V.
- Linksjugend Zittau
- Zittau ist bunt

Was ist für Dich links?

Antifaschistisch, selbstbestimmt und solidarisch leben und handeln.

Was hat Dich in der letzten Zeit am meisten überrascht?

Dass sich faschistische Kräfte ungestört unter die CORONA-Virus-Proteste mischen können und deren Reichsfahnen unreflektiert von Bürger*innen geduldet oder sogar selbst getragen werden.

Worin siehst Du Deine größte Schwäche, worin Deine größte Stärke?

Ich kann gut vernetzen, bin aber oft chaotisch in meinem Handeln.

Was war Dein erster Berufswunsch?

Im Kindergarten wollte ich Sandmann werden, als ich älter wurde, war jedoch Koch mein großer Favorit. Aus diesem Grund habe ich auch die Ausbildung zum Diätassistenten begonnen.

Wie sieht Arbeit aus, die Dich zufrieden macht?

Wenn ich mit dem Gefühl, etwas bewirkt oder geholfen zu haben, daraus hervorgehe.

Was regt Dich auf?

Alltagsrassismus und Antisemitismus!

Wann und wie hast Du unlängst Solidarität gespürt?

Mit den Einschränkungen zur CORONA-Prävention musste ich meine Geschäfte einstellen.

Da auch Veranstaltungen abgesagt werden mussten, fielen uns einige wichtige Aufträge weg. Die Solidarität zweier großer Auftraggeber, welche uns direkte Hilfe anboten und die der Kund*innen, welche verstärkt einkauften unterstützten uns dermaßen, dass mein Mitarbeiter und ich nicht vor dem Ruin standen.

Wofür gibst Du gerne Geld aus?

Ich unterstütze mit Vorliebe das Café im alternativen Zentrum EMIL.

Möchtest Du (manchmal) anders sein als Du bist?

Ja, dass stelle ich mir gelegentlich vor, da mein Alltag viel Stress mit sich bringt. Ich würde aber vieles vermissen, wenn ich nicht mehr so wäre, wie ich bin.

Wann fühlst Du Dich gut?

Wenn ich Zeit mit Freund*innen oder meiner Tochter verbringen kann.

Wo möchtest Du am liebsten leben?

Ich habe mir vieles in Zittau aufgebaut und somit finde ich es hier am besten.

Wovor hast Du Angst?

Das rechte Gedankengut weiter erstarkt und dessen Handeln noch gesellschaftsfähiger wird.

Was schätzt Du besonders?

Zusammenhalt und Freundschaft

Geschäftsstelle des Kreisverbandes
 Schulstraße 8, 02826 Görlitz; Tel.: 03576/2162893
 e-mail: kontakt@dielinke-goerlitz.de

Büro der LINKEN Zittau
 Äußere Weberstraße 2, 02763 Zittau,
 Tel.: 03583/700 525, Fax: 03583/ 58 60 16,
 e-mail: zittau@linksmail.de; www.dielinke-goerlitz.de

Bürgerbüro „Rote Rosa“ MdL Antonia Mertsching
 Rosa-Luxemburg-Straße 17, 02943 Weißwasser; Tel.: 03576/2162893
 Mail: kontakt@antonia-mertsching.de
 E-Mail des Ortsverbandes: ov-weisswasser@dielinke-goerlitz.de

Bürgerbüro MdL Mirko Schultze
 Schulstraße 8, 02826 Görlitz; Tel.: 03581/40 30 05

Büro der Kreistagsfraktion
 Äußere Weberstraße 2, 02763 Zittau,
 Tel.: 03583/58 60 17, Fax: 03583/ 58 60 16,
 e-mail: kreistagsfraktion@dielinke-goerlitz.de
 www.dielinke-kreistagsfraktion-goerlitz.de



Der Kreisvorstand und die Ortsvorstände gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die in den Monaten Juni / Juli Geburtstag haben, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit und alles Gute. Insbesondere gratulieren wir unseren Jubilaren:

Juni

Michael Frunzke	17.06.1965	55	Görlitz
Udo Göhlich	29.06.1960	60	Rothenburg/O.L.
Ingeborg Messerschmidt	23.06.1950	70	Seiffhennersdorf
Klaus Mix	20.06.1939	81	Zittau
Renate Münster	25.06.1935	85	Seiffhennersdorf
Günter Schumacher	27.06.1934	86	Zittau
Margit Kösling	20.06.1933	87	Zittau

Juli

Antonia Mertsching	03.07.1985	35	Weißwasser/O.L.
Johannes Krebs	15.07.1945	75	Löbau
Irene Döring	07.07.1933	87	Löbau
Eva Voigt	01.07.1931	89	Bad Muskau
Anneliese Schwarz	04.07.1930	90	Görlitz
Hans Tschöcke	08.07.1926	94	Ebersbach-Neugersdorf



Mitglied werden
 Ergreif PARTEI für eine bessere Politik
DIE LINKE.
 Kreisverband Görlitz

Impressum:
 Herausgeber: Kreisvorstand der LINKEN.Görlitz
 Redaktion:
 Dierk Kunow: ViSdP., Heiderose Gläß: OV Löbau, Geburtstage; Sabine Kunze: V.: OV Niesky; Elisabeth Menzel: V.: OV Weißwasser; Winfried Bruns: V.: OV Zittau, Kulturseite; Heinrich Ruynat, künstlerischer Mitarbeiter;
 Bitte alle Beiträge an folgende e-mail:
linksenderneisse@linksmail.de
 Satz und Druck: City-Druckerei Weißwasser
 Auflage: 595 Stck.
 Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.06.2020
 Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe: 09.07.2020
 Der Redaktion bleiben sinnwährende Kürzung von Artikeln und Leserbriefen vorbehalten.
 Wer Rechtschreibfehler findet darf sie behalten. - Spendenempfehlung 1,50 Euro -
 Unser Spendenkonto ist: DIE LINKE.Görlitz, Volks- und Raiffeisenbank Niederschlesien eG **IBAN: DE19 8559 0100 4500 3570 08**

Herzliche Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung unserer Basisorganisation

Wann? Wo?

Worum geht es ?

Im Interesse zukünftiger Generationen ist diese Zeitung auf Umwelt-Papier gedruckt.